

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pütsch, sehr geehrte Kolleg*innen, sehr geehrte Rastatter*innen,

seit dem letzten Jahr hat sich die politische Großwetterlage enorm zugespitzt.

Der russische Überfall auf die Ukraine belebt längst totgeglaubte Zeiten wieder. Ein baldiges Ende scheint außer Reichweite und sollte dennoch stets das höchste Ziel bleiben. Das Leid, das von diesem Krieg ausgeht, der Millionen von Menschen ihrer Existenz, ihrer Liebsten oder ihres Lebens beraubt, ist völlig zu Recht im Fokus unserer aller Aufmerksamkeit. Eine Solidarität mit den Geflüchteten ist daher selbstverständlich. Es gibt dankenswerterweise eine enorme Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung aber die kommunalen Aufgaben gestalten sich schwierig. Die Verwaltung und alle Mitarbeiter*innen arbeiten hart, um eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten sicherzustellen. Die Infrastruktur ist nahezu ausgereizt und alle Beteiligten kommen langsam an ihre Grenzen. Die Versäumnisse im sozialen Bereich treten leider in solch kritischen Zeiten immer deutlicher zu Tage.

Ein sehr deutliches und für alle Rastatter*innen ebenso spürbares Beispiel ist die Frage der Unterbringung.

Ein steigender **Bedarf an Wohnraum** in einer ohnehin für immer größere Teile der Bevölkerung finanziell höchst angespannten Lage ist eine Problematik, die viele Menschen umtreibt. Die Forderungen der Partei DIE LINKE wären eine bedeutende Entlastung für die vielen Mieter*innen: Zusätzliche Förderprogramme im Sozialwohnungsbau, eine verbindliche Sozialbindungsquote bei Neubauten von 50% sowie den Bau von bezahlbarem Wohnraum selbst durch kommunalen Wohnungsbau in die Hand zu nehmen!

Auch junge Familien stehen in Rastatt vor besonderen Herausforderungen. Die durch Herrn Pütsch benannten 160 Kinder, denen kein **Kitaplatz** angeboten werden konnte, sprechen eine klare Sprache. Dies belegt eindrücklich, dass über die durchaus beachtlichen Investitionen hinaus weitere Kapazitäten benötigt werden um auch in kritischeren Phasen wie bei Krankheitswellen adäquat reagieren zu können und um Schließungen abwenden zu können. Der in diesem Bereich jedoch dringlichste Hebel wären die von DER LINKEN schon lange geforderten gebührenfreien Kitas. Ein Zugang zu einer öffentlichen Bildungseinrichtung darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Immer größer werdende Teile der Bevölkerung gelten als armutsgefährdet, bei welchen gerade Alleinerziehende überrepräsentiert sind. Entlastungen sind höchst überfällig und würden etlichen Familien die derzeit zahlreichen Herausforderungen erleichtern.

Ein weiteres derzeit brennendes Thema sind die Pläne zum Bau des **Zentralklinikums**. Der Standort Münchfeldsee ist bei der Bevölkerung mit Recht höchst skeptisch gesehen aber auch das ganze Gutachten steht auf wackligen Beinen. Unberücksichtigte Gutachten, schon längst übertriebene Kostenschätzungen und ein unwürdiges Tauziehen um den Standort beweisen: Der Weg zu einem Zentralklinikum für ganz Mittelbaden ist ein Holzweg! Wir Linke sagen deshalb nach wie vor: Die Sicherstellung der wohnortnahen Akut-Versorgung kann am ehesten durch ein gut aufeinander abgestimmtes Zusammenspiel sowie Modernisierung der bestehenden drei Akut-Kliniken sichergestellt werden.

Ein weiteres Anliegen ist mir zudem das auffällig mangelhafte **Fahrradwegenetz**. Enge Wege, beschädigter Untergrund, fehlender Schutz aller Verkehrsteilnehmer*innen sind für Radfahrer*innen eine tagtägliche Herausforderung. Dies ist nur eins von vielen Beispielen, wo wir in Rastatt die Mobilitätswende vorantreiben und ökologische Alternativen begünstigen müssen.

Da diese aufgeführten Punkte meines Erachtens keine ausreichende Berücksichtigung finden, werde ich und damit die Partei DIE LINKE im GR der Stadt Rastatt dem vorgelegten Haushalt die Zustimmung verweigern!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit